

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

75 (1.4.1913)

Seite 8.
Adler
erster
Tag
Müller

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-
mentspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl.
85 P.; am Postfach 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.
Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr.
Postfachkonto Nr. 2650.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.
Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinsertate
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate
am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

„Die böse wahnwitzige Torheit.“

Karlsruhe, 1. April.

Bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein hat die neue Wehrvorlage mit ihren ungeheuerlichen Wehrforderungen eine stark pessimistische Aufnahme gefunden. Dazu hat nicht nur die große Enttäuschung über die vorgeschlagene Art der finanziellen Dedung, sondern vor allem auch die Einsicht beigetragen, daß das Betrüsten eine — wie der englische Marineminister Churchill dieser Tage sagte — „wahnwitzige gefährliche Torheit“ ist. Man fängt auch in den bürgerlichen Parteien an zu begreifen, daß das Betrüsten keine Garantie für den Frieden ist, sondern daß man damit vielmehr geradezu auf den Krieg lossteuert. Dieses Betrüsten wird in allen europäischen Großstaaten als eine Defensivmaßregel bezeichnet. Die Staatsmänner versichern uns fortgesetzt, daß niemand daran denke, ohne zwingenden Grund einen Krieg zu provozieren. Wenn dem so ist, zu was dann dieses ewige Drauflossteuern?

In der Tat kann man sich auch keinen irgendwie stichhaltigen Grund denken, welcher einen der in Frage kommenden europäischen Staaten veranlassen könnte, den Krieg heraufzubehämmern. Im Gegenteil, nicht nur alle Gründe der Vernunft sprechen gegen den Krieg, sondern vor allem die Tatsache, daß Gewinnchancen von irgend welcher größerer Bedeutung dabei so gut wie ausgeschlossen sind.

Es wird neuerdings viel von der „slawischen Gefahr“ gesprochen und die Begründung der neuen Wehrvorlage stützt sich fast ausschließlich auf dieses Phantom. Worin soll aber diese „slawische Gefahr“ bestehen? Zunächst ist es noch sehr fraglich, ob der neue Balkanbund so ohne weiteres als Bundesgenosse Rußlands in Anspruch zu bringen ist. Der Balkanbund ist ein in sich sehr wenig gefestigtes Gefüge. Aber selbst wenn die Annahme, daß es unbedingt zu Rußland halten würde, richtig wäre, so steht doch so viel fest, daß dieser Balkanbund infolge des Krieges derartig geschwächt ist, daß er auf Jahre hinaus wohl nicht als gewichtiger Bundesgenosse Rußlands in Frage kommen kann. Vor allem darf aber nicht außer Acht gelassen werden, daß es neben dem Balkanbund auch noch ein Rumänien gibt, das heute mehr denn je an die Seite des Dreibundes gebunden ist.

In der nationalliberalen Presse wird jetzt mit einem Artikel des bekannten Professors Dr. Z. u. L. Wolf (Breslau) Stimmung zu machen versucht, der die slawische Gefahr in den düstersten Farben an die Wand malt. Eine eiserne slawische Klammer habe sich infolge des Balkankrieges um Deutschland und Oesterreich-Ungarn gelegt. Auf diese neue politische Konstellation müßten sich Deutschland und Oesterreich-Ungarn weiterhin einrichten. Noch schlimmer als diese politische Machtverschiebung aber sei eine andere, nämlich die durch den Geburtenrückgang in Deutschland herbeigeführte. Während in Deutschland die Geburten jetzt abnehmen, sei bei den Slaven von dieser „Nationalisierung des Sexuallebens“ nichts zu bemerken, ganz im Gegenteil, in Rußland und bei den anderen slawischen Völkern nehme die Bevölkerung sehr stark zu. Das lasse — in die Zukunft gesehen — die Macht des Slavenringes zu verhängnisvollen Dimensionen anwachsen. Je tiefer man in den Gegenstand eindringe zu einem desto pessimistischeren Ausblick gelange man, nämlich zu einem Ausblick, der da besagt, daß Deutschland schon in 20 Jahren seine Bevölkerung überhaupt nicht mehr vermehren wird und dann nach wenigen Jahren sogar in eine Verluste des Bevölkerungsrückgangs eintreten dürfte.

Wenn mit dieser „slawischen Gefahr“ etwas bewiesen wird, so dies, daß sie mit militärischen Rüstungen absolut nicht gebannt werden kann. Wir sind schlechterdings nicht imstande, unsere Militärmacht der slawischen Bevölkerungszunahme anzupassen, denn Rußland wird es immer möglich sein, sein Militärkontingent weit über das Deutschlands hinaus zu vermehren. Wir müßten aber zunächst auch für die Zukunft noch mit einer ganz erheblichen Vermehrung unsers Heeres rechnen.

Ist das praktisch möglich? Glaubt man wirklich im Ernste, in der bisherigen Weise fortwurzeln zu können? Ein ganz einfaches Rechenexempel führt schon zur absoluten Verneinung dieser Frage. Was aber dann? Welchen Sinn hat dann das Vangemachen vor der slawischen Gefahr und der Begegnung derselben durch die neue Wehrvorlage?

Man sieht, es bedarf nur einiger ruhiger Ueberlegung, um die ganze Sacklosigkeit der Begründung der neuen Wehrvorlage zu erkennen. Nicht um die slawische noch um irgend eine andere völkische Gefahr handelt es sich bei dem Betrüsten des militärischen Betrüstens, sondern einzig und allein um die Gefahr des militärischen Wahnsinns

an sich, der die europäischen Nationen in den Abgrund führt, wenn die Völker Europas nicht der Stimme der Vernunft Gehör verschaffen. Das Betrüsten ist und bleibt — man mag es von einer Seite betrachten von welcher man will — „eine böse wahnwitzige Torheit“. In dem militärischen Kräfteverhältnis der daran beteiligten Staaten bleibt im wesentlichen immer alles beim alten. Es ist die Schraube ohne Ende, die Geißel, mit welcher die europäischen Völker so lange gequält werden — als sie es sich gefallen lassen.

Das geflügelte Wort des englischen Ministers Churchill. „Das fortgesetzte Betrüsten ist eine böse wahnwitzige Torheit“ muß zum Feldgeschrei im Kampfe gegen den ganzen militärischen Wahnsinn werden. Nichts leichter, als dem Volke diese „böse wahnwitzige Torheit“ begreiflich zu machen.

Emser Depeschfabrik G.m.b.H. Scherl ca. W. T. B.

In der sozialdemokratischen Presse ist sofort nach der Veröffentlichung von Churchills Flottenrede durch das Wolffsche Telegraphenbureau darauf aufmerksam gemacht worden, daß hier eine englische Regierungsfundgebung von größter internationaler Wichtigkeit dem deutschen Publikum in einer verballhornten, sinnwidrig entstellten Fassung wiedergegeben werde. Jetzt schreibt der halbsozialistische „Berliner Lokalanzeiger“ gegen das ganzoffizielle W.T.B. wörtlich folgendes:

Die Rede des englischen Marineministers über das Betrüsten zur See ist in Deutschland vielfach unfreundlicher aufgenommen worden, als sie es verdient. Infolge von Mißverständnissen bei der Uebersetzung, die dem offiziellen Telegraphenbureau begegnet sind, entstand hier der Eindruck, als habe Herr Churchill sich mancher Wendung bedient, die unsere berechtigten Empfindungen verletzen müßte. Die Prüfung des englischen Wortlauts seiner Rede ergibt, daß dazu kein Grund vorliegt. Es muß im Gegenteil anerkannt werden, daß Herr Churchill offensichtlich bemüht war, dem deutschen Standpunkt in der Flottenfrage jede schuldige Rücksicht angedeihen zu lassen und daß er darüber hinaus die guten politischen Beziehungen, wie sie sich in den letzten Monaten zwischen beiden Ländern entwickelt haben, auch seinerseits fördern wollte. Wir stehen vor der unabweisbaren Tatsache, daß das freundschaftliche Zusammenarbeiten der deutschen und der britischen Diplomatie zur Ueberwindung der Balkankrise bereits gute Früchte gezeitigt hat. Man kann deshalb nur wünschen, daß es auch weiterhin vor unangenehmen Störungen bewahrt bleiben möge.

Es muß durch Untersuchung festgestellt werden, ob diese „unnötigen Störungen“, die schon von der Zeit der Marokkokrise her bekannt sind, auf Unkenntnis der englischen Sprache oder auf andere Ursachen zurückzuführen sind. Es geht doch wirklich nicht, daß eines Tages vielleicht ein Weltkrieg ausbrechen soll, weil ein Angestellter des W.T.B. kein Englisch versteht oder es nicht verstehen will.

finanzreform 1913.

Die sozialdemokratische Partei hat ein lebhaftes Interesse, die Reichsfinanzen so zu ordnen, daß 1. jede Neubelastung des Massenverbrauchs dauernd vermieden, 2. Geld für kulturelle und sozialpolitische Zwecke beschafft, 3. die Befreiung bestehender Verbrauchssteuern ermöglicht wird.

Es ist von vornherein klar, daß die Reichsfinanzreform 1913 den beiden letzten Forderungen nicht genügen kann. Sie ist dazu bestimmt, Dedung für militärische Ausgaben zu schaffen, sie tut das nur in unzureichender Weise und rechnet ängstlich mit jedem Pfennig der bestehenden Gebrauchsabgaben. Die Denkschrift über die Kostendeckung nimmt an, daß die Zölle und indirekten Steuern in den nächsten Jahren 16 Millionen Mark jährliches Mehrerträgnis liefern werden, diese 16 Millionen werden sofort für die neue Militärvorlage mit Beschlag belegt. Außerdem soll die Zuckersteuer — entgegen allen feierlichen Versprechungen und Gesetzesbeschlüssen — ebenso auch der Grundsteuerempel — über den 1. Oktober 1916 hinaus in der alten Höhe beibehalten werden, allerdings angeblich nur bis zum 1. April 1918. Es ist dies das drittemal, daß das Reich sich keinen Ehrenschuldigen prolongieren läßt, an seine Einlösung glaubt kein Mensch mehr.

Sonach bleibt nur noch die Frage zu untersuchen, ob die Finanzreform von 1913 der ersten sozialdemokratischen Forderung genüge tut, der Forderung nach einer Regelung der Reichsfinanzen, die eine Erhöhung der bestehenden oder die Einführung neuer Verbrauchsabgaben ausschließt. Auch diese Frage muß verneint werden. Denn das Sammelnurium von Gesetzesvorlägen, das die neueste Reichsfinanzreform darstellt, bietet in keiner Weise Gewähr für eine wirkliche und dauernde Dedung der Kosten der Militärvorlage aus den Mitteln der Befisenden. Und wie dieses System der Systemlosigkeit als Ganzes abzulehnen ist, so findet sich — vielleicht abzulesen hat der Reinen

erweiterungsfähigen Vorlage über das Erbrecht des Staates — unter den neuen Vorschlägen kein einziger Gesetzesentwurf, dem die sozialdemokratische Fraktion, so wie er ist, ihre Zustimmung geben könnte.

Soll Sicherheit dafür geschaffen werden, daß die mit 186 Millionen Mark jährlich vielleicht zu niedrig veranschlagten dauernden Kosten von den Befisenden getragen werden, dann muß man diesen ganzen Betrag aus einer einheitlichen, erweiterungsfähigen Besitzsteuer deden, als welche in erster Linie eine Erbschaftsteuer in Betracht kommt. Ohne über die Sätze, die in anderen Staaten bestehen, hinauszugehen, könnte man aus dieser Steuer mit Leichtigkeit eine Einnahme von 250 Millionen Mark im Jahr erzielen. Statt diesen einfachen, aber den Befisenden Patrioten unbequemen Weg zu gehen, hat man den Betrag von 186 Millionen aus einer größeren Anzahl mehr oder minder ansehnlicher Posten zusammengerechnet erhöhten Erträgen bestehender Steuern „veredelten“ Matrikularumlagen, Erbrecht des Reichs, Gesellschafts- und Versicherungsstempel. Das Ergebnis kann kaum ein anderes sein als Fehlschlagen der aufgestellten Berechnungen neue Defizitwirtschaft und neue Steuerjuche.

Die einmaligen Ausgaben sowie ein Teil der dauernden Auslagen in den ersten drei Jahren sollen bekanntlich durch den sogenannten „Beitrags“, die einmalige Vermögensabgabe gedeckt werden. Alle Vermögen von 10 000 Mk. aufwärts sollen einer einmaligen Abgabe von 1/2 Prozent unterliegen, große Einkommen ohne Vermögensfundierung sollen aber erst von 50 000 Mk. pro Jahr an mit 2 Prozent herangezogen werden. Eine Witwe oder ein kleiner Bauer, die 10 000 Mk. Vermögen besitzen, hätten demnach 50 Mk. zu zahlen, ein Direktor, Rechtsanwalt, Arzt usw., der das nahezu fünffache dieses Vermögens jährlich als Einkommen bezieht, aber im Vertrauen auf die Sicherheit seines Erwerbes kein Kapital kumuliert, hätte demnach gar nichts zu zahlen. Soll die Vermögensabgabe der steuerlichen Gerechtigkeit entsprechen, dann muß sie nach der Größe der Vermögen gestaffelt, die Einkommensgrenze muß viel tiefer herunter gelegt werden.

Für die dauernden Kosten kommen ab 1. April 1916 in erster Linie die sogenannten veredelten Matrikularumlagen in Betracht. Vom 1. April 1916 sollen die Einzelstaaten zu den bestehenden 80 Pf. durchschnittlich weitere 125 Pf. pro Kopf ihrer Bevölkerung aufbringen müssen. Durch die sogenannten „Veredelung“, die Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse in jedem einzelnen Staat, soll der Durchschnittsbetrag da ein wenig erniedrigt werden. Weiter will man den Einzelstaaten vorschreiben, daß sie den auf sie entfallenden Betrag durch Neueinführung von Einkommens-, Vermögens- oder Erbschaftsteuern oder durch Erhöhung bestehender Steuern dieser Art aufbringen sollen. Bleibt ein Einzelstaat bis zum 1. April 1916 mit einem entsprechenden Gesetz im Rückstand, dann soll für diesen Staat ein vom Reich verordnetes Vermögenssteuergesetz in Kraft treten, das auch den Zuwachs aus Erbanfällen mit einschließt.

Damit soll die Besitzbesteuerung auf rund 80 Millionen im Jahr begrenzt und dem Reichstag das Recht auf die Ausgestaltung dieser Besitzbesteuerung aus der Hand genommen werden. Man will das Portemonnaie der Befisenden nicht dem Reichstag des allgemeinen Wahlrechts überantworten. Man kehrt nach allen Versuchen, von ihr loszukommen, zur alten Matrikularumlagenwirtschaft zurück, die seit dem Bestehen des Reiches den Krebsgeschaden der Reichsfinanzen bildet.

Es ist aber gar nicht anzunehmen, daß dieser Vorschlag ernst gemeint sei. Er soll, wie schon gesagt, erst in drei Jahren in Kraft treten. Die Regierungen der Einzelstaaten rechnen offenbar darauf, daß sich im Verlaufe der nächsten drei Jahre noch ein anderer Ausweg finden und daß das Gesetz, falls es wirklich beschlossen werden sollte, noch bevor es in Kraft treten soll, wieder über den Sanfen geworfen werden wird. Die 80 Millionen veredelter Matrikularumlagen sind weiter nichts als eine Attrappe, die wieder weggerissen werden soll, ehe der Neubau vollendet ist. Einstweilen hat man die 80 Millionen auf dem geduldigen Papier, auf dem nun nur noch 106 Millionen deckungsbedürftiger dauernder Neuausgaben zurückbleiben.

Ein großer Teil dieser restlichen 106 Millionen soll nun aus den Gesellschafts- und Versicherungsstempeln herausgeholt werden. Da derartige Stempel zum Teil schon in den Bundesstaaten bestehen, würden, wie angegeben wird, weitgehende Niederstufungen nötig sein. In beiden Fällen, beim Gesellschafts-, wie beim Versicherungsstempel, handelt es sich um Abgaben, die an der Grenze zwischen Verkehrs- und Besitzsteuern stehen. Es sollen die Gesellschaftsverträge der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung der Reichs-stempelspflicht unterworfen werden, das gleiche soll bei Versicherungsverträgen (ausschließlich der Sozialversicherung und der Versicherung kleinerer Beträge) der Fall sein. Man erwartet daraus nach Erstattung der Niederstufungen, eine jährliche Reicheinnahme von 44—54 Millionen

sauss-
in Raum, in
den Licht be-
nuse Gas ein-
d Feuerungen
Auch müßen
dadurch für
sondere dort
kommen wird,
nentlich zum
Ursache des
und besetzt
I. Kaiser-
er das Nat-
n, daß nach
und Wand-
oder -Stöpsel
schluß mittels
fähig, wes-
6230
Anstoffs
Mitteln
jr.
Vorsand-
ng
Lammstr.
m's
nd
htung
rhänge u.
Vorhänge
eder kann
abmachen.
allerien
gen
ste Bau
Preislisten
6288
str. 49.
sehr gut er-
halten, ist
enstraße 13.

Der Grundsatz dieser Stempelsteuern ist: wer sein Vermögen einer Erwerbsgesellschaft zuführt oder es versichert, soll bezahlen, wer sein Vermögen in einem eigenen Unternehmen anlegt oder es nicht versichert, braucht nicht zu bezahlen. Auf die Frage nach dem Warum? dieser Unterscheidung gibt es keine Antwort. Oder vielmehr liegt in dem zweifelsichtigen Charakter dieser Abgaben als Verkehrs- und als Besitzsteuer. Man besteuert den Besitz nicht als solchen, sondern nur seinen Uebergang in den Verkehr als Gesellschaftskapital oder als Versicherungsgegenstand, weil man an dem konservativen Dogma, den Besitz als dauernde Steuerquelle den Einzelstaaten zu überlassen, wenigstens zum Schein nicht rütteln will. Die Folge ist ein System der Willkürlichkeiten, eine Bestrafung des kleineren Besitzers, der seinen Besitz versichert, Freilassung des leichtsinnigen, der die Versicherung unterläßt.

Die neuen Stempelsteuern sind also ebensowenig zu brauchen wie die veredelten Matrifikularbeiträge. Beide müssen auf ihren reinen Sinn zurückgeführt werden, indem man sie durch eine einheitliche, erweiterungsfähige, direkte Reichsbesitzsteuer ersetzt. Nur wenn dies geschieht, darf die Gefahr als beseitigt gelten, daß die Finanzreform 1913 nur das Vorspiel bleibt einer Finanzreform 1914 oder 1915, die in Form von Zoll- oder Verbrauchssteuerverhöhungen oder auch kapitalistischer Ausbeutungsmonopole die Hauptlast der neuen Militärvorlage abermals auf die Schultern der Besitzlosen legt. So allein kann auch dem Reich zur Gesundung seines Finanzwesens geholfen werden, das, kaum mühselig geordnet, nun wieder vollständiger Zerrüttung entgegengeht.

Es versteht sich von selbst, daß die ungeheuer wichtigen und komplizierten Fragen einer neuen Finanzreform nicht in den paar kurzen Wochen einer auch mit anderen Materialien überlasteten Sommerferien erledigt werden können. Die Regierung wünscht, daß das Ganze der Militär- und Deckungsvorlagen noch in diesem Sommer fertiggestellt wird, sodas mit der Erhöhung der Präsenz ziffer schon zum 1. Oktober dieses Jahres begonnen werden kann. In einem Jahr würde aber das Glied der Militärvorlage, wenn es unvermeidlich ist, auch früh genug kommen. Die Sozialdemokratie hat auf keinen Fall Anlaß durch entgegenkommendes Verhalten in der Frage der parlamentarischen Geschäftsverteilung der Gesetzgebungsvorschläge zu leisten.

Die drohende Revolution.

An den Opfermut des Kapitalismus appellieren, ist mehr als naiv. Der Kapitalismus ist seinem inneren Wesen nach international und preist auf den Patriotismus. Ein bekannter Berliner Professor, dem niemand sozialistische Neigungen nachsagen wird, hat einmal behauptet, sämtliche indirekten Steuern wären in Deutschland unnötig, würde das Kapital richtig versteuert. Die Reichsfinanzen sind die größten Steuerbetruganten und wenn die Milliardenforderung durchgeht — und sie geht durch — werden wir sehen, daß die letzten, die Opfer zu bringen gewillt sind, die sein werden, die sie bringen könnten, wenn — sie möchten. Und weil sie nicht mögen und sie das Heft in der Hand haben, wird aus der einmaligen Vermögensabgabe nichts werden, und zum Schluß wird niemand anders zahlen müssen als das Volk. Ich sehe heute schon den Tag kommen, der uns die Brotsteuer bringt. Unser kapitalistischer Staat wird sich hüten, mit dem Kapitalismus zu brechen und den Ast abzuhacken, auf dem er sitzt. Die Regierung wird es mit den Reichen nicht verderben wollen, auch nicht verderben können, will sie nicht Selbstmord verüben, ergo bleibt ihr nur die Suche nach neuen Steuern. Wenn so forrende Summen in Frage stehen, kann es sich nur mehr um die Besteuerung täglicher, absolut notwendiger Bedarfsartikel handeln. Einzig allein solche Steuern bringen etwas ein, was ist da bei uns von diesen Bedarfsartikeln noch nicht besteuert? Das Brot und das Fleisch! Wir gehen Zuständen entgegen, wie sie vor der französischen Revolution waren.

Das schreibt nicht etwa ein sozialdemokratisches Blatt, sondern das liberale „Bayerische Vaterland“.

Der Baldamus und seine Streiche

Von Oskar Wöhrl.

4 (Nachdr. verb.) (Fortsetzung.)

Bei den Prüfungen fürs Seminar kam ich mit Ach und Krach durch. Ich wurde nur probeweise aufgenommen. Die Lehrer waren bereits über mich orientiert und trauten mir keinen Finger breit. Ich hatte gedacht, hier im Seminar vom Grund auf ein neues Leben anfangen zu können, wurde aber getäuscht. Auch hier war ich von allen Seiten eingekengt, bevormundet und bevater.

Das Seminar lag am Ende der Stadt, da, wo die hohen Säulenreihen allmählich in kleine, gartenumgebene Villen übergehen. Es war ein langgestrecktes, graugetünchtes Gebäude und sah aus wie ein riesiger Sarkophag. Die kahle Backsteinmauer, die einen spärlichen Park einschloß, verstärkte den Eindruck der Ledigkeit. Nichts brachte Leben und Farbe in meine engen Tage. Mir wurde alles so verhaßt, daß ich beschloß, irgendwie loszukommen. Ich ging zum Direktor, Herrn Piepele, und jagte, ich wolle die Anstalt verlassen, es seien mir Mittel zur Verfügung gestellt worden, in Basel weiter zu studieren. Piepele fragte mich, ob meine Eltern damit einverstanden seien. Frech! sagte ich ja und unterschrieb das Austrittsprotokoll, das er sofort an den Oberschulrat schickte. Ich selber packte ein und fuhr nach Schweiker zu Verwandten, wo ich Geld pumpen wollte. Das zog nicht; die Verwandten, die mißtrauisch waren, schrieben dem Vater. Er kam sofort und holte mich. Auf der Fahrt unterwegs sprach er keine Silbe. Das war schlimmer, als wenn er mich geprügelt hätte. Er tat mich nach Basel in ein Büro, wo ich tagaus tagein nichts anderes zu tun hatte, als blödsinnige Adressen zu schreiben. Das ging mir gegen den Strich, ich riß aus und zog nach Freiburg. Das Geld, das ich mitnahmte, reichte nicht weit. Alle meine Bemühungen, Arbeit zu finden, waren vergebens. Darum wanderte ich zu Fuß nach Mühlhausen, ich dachte

Deutsche Politik.

Die „nationalen“ Agrarier. Der landwirtschaftliche Zentralverein Königsberg nahm folgenden Antrag an: „Zentralverein wolle an zuständiger Stelle dahin vorstellig werden, daß — um dem immer größer werdenden Arbeitermangel abzuwehren — mehr als bisher Rückwanderer in Ostpreußen angelockt werden, und daß russischen Bittauern, den Ruthenen und Südbungarn die Berechtigung gegeben wird, sich als Landarbeiter in der Provinz niederzulassen.“

Auf der einen Seite bekämpft man mit allen Mitteln die Polen in Preußen, man gibt zur „Stärkung des Deutschtums“ in den „national gefährdeten“ Provinzen viele Millionen Mark aus und auf der anderen Seite erstrebt man die dauernde Niederlassung von Ausländern, um zu billigen und willigen Lohnflakken zu kommen. Die „nationale Politik“ unserer Agrarier! Abschaltung an das Zentrum. Das Zentrum präsentiert seine Rechnung! Dafür, daß es bei den Reichstagswahlen 200 000 Stimmen ins konservative Lager kommandierte und in Schlesien den Herren Heidebrand, Oerel, Graf Carner u. a. ins Parlament verschloß hat, müssen die Konservativen jetzt zahlen. Sie müssen in Breslau-Land-Neumarkt um in Jauer-Vollstein ein Mandat, das bisher in konservativem Besitz war, an die Zentrumspartei abtreten und die hungrigen Schwarzen sind mit diesem Tribut noch nicht zufrieden.

Ausland.

Oesterreich.

Der Militarismus auf dem Marsch. Wie die „Zeit“ meldet, sollen die neuen Wehervorlagen noch vor den Sommerferien eingebracht werden. Die Friedenspräsenzstärke soll um 50 000 Mann erhöht werden, das bedeutet eine Verdreifung von 2 000 Rekruten pro Jahr, die 100 Millionen an einmaliger Kostendeckung erfordern. Diese Summe soll auf mehrere Jahre verteilt werden. Auch die jüngste Audienz des ungarischen Ministerpräsidenten beim Kaiser steht mit dieser Angelegenheit in Zusammenhang.

Badische Politik.

Berückt geworden?

Die nationalistische Rüstungsbetreiberei ist von der Rede des englischen Marineministers Churchill sehr unangenehm berührt. Ein großes liberales englisches Blatt fordert für die Besprechung des Churchill'schen Abrüstungsvorschlages des „Frierjahres“ der Rüstungspause von Deutschland nur das eine: es möge anerkennen, daß England ehrlich und aus freundschaftlicher Gesinnung die Hand ausstreckt. Das sollte man in der Tat für eine Selbstverständlichkeit halten.

Allein die Chauvinistenpresse kann sich dazu nicht aufschwingen, denn sie müßte ja dann zugeben, daß alles, was Churchill gegen den Rüstungswahnsinn, gegen die „verschwendische, zwecklose und nichtige Torheit des Wettrennens“ gesagt hat, wahr ist und die Annahme seines Abrüstungsvorschlages notwendig macht. So hilft sich denn die Presse der Rüstungsbetreiberei damit, Churchills Vorschlag als himmlische Wahnvorstellung zu verzeichnen. In dieser Sorte nationalisticcher Geheprelle hat sich auch die „Bad. Landeszeitung“ gefehlt. Sie bezeichnet den Vorschlag Lord Churchills als „Gimpelgang“. Selbst der französische Politik sei ein solches Maß von Heuchelei und Perfidie nicht nachzuweisen, wie der englischen. Als Antwort auf den Vorschlag Lord Churchills schlägt der „geschähter“ Mitarbeiter der „Bad. Landeszeitung“ vor, für jedes englische Kriegsschiff ein deutsches Luftschiff zu bauen. „Sobald über jedes englische Kriegsschiff ein deutsches Luftschiff schwebt, ist jenes lahm gelegt. In einigen Jahren ist der Vorsprung eingeholt, darum gilt es, die Zeit auszunützen.“

Nützen wir doch diese großen Vorteile aus! Eine große Luftflotte macht uns fast unangreifbar, sie ist somit die beste Friedenssicherung. Scheut der Reichstag aus Angst vor den Wählern die

Mehrkosten, so genügt ein Gesetz, welches einen Teil der für Seeschiffe bereits bewilligten Gelder für Luftschiffe freimacht. Ferner aber: so gut die englischen Kolonien ihrem Mutterland Großkampfschiffe schenken, so gut kann jedes Bundesstaat, insbesondere aber die Hansestädte dem Reich Luftschiffe schenken. Da die englische Seeflotte auch kleinere Schiffe enthält, kann deren Zahl mit halbjährigen Luftschiffen entprochen werden. Die Parität-Gesellschaft hätte dann so reichliche Bestellungen von uns, daß sie ihre England- und Rußland-Lieferungen nicht mit zu geringem Absatz zu entschuldigen brauchte. Auch ein Teil der kommenden Wehervorlage könnte hierfür mit ausgiebigem Nutzen verwendet werden. Drum setzen wir allen Drohungen des Auslandes die feste Tat entgegen: für jedes englische Kriegsschiff beliebiges deutsches Luftschiff!

Der Artikel ist nicht etwa in der heutigen Nummer vom 1. April in der „Bad. Landeszeitung“ erschienen — in diesem Falle würde man ihn als Aprilscherz betrachten und nicht weiter beachten haben — sondern im Abendblatt vom Samstag 29. März. Wir wollen von der herbischen Heße gegen England weiter nicht reden, das ist man ja von unserer nationalisticchen Geheprelle gewöhnt, wenn diese Heße gerade jetzt, wo ein besseres Verhältnis mit England sich angebahnt hat, auch besonders verberlich ist. Was den Artikel so interessant macht, ist das „politische Denken“, welches sich in ihm manifestiert. Diese „politische Denkart“ zeigt so recht die ganze Sinnlosigkeit der Auffassung, von welcher unsere Ueberpatrioten sich leiten lassen. Bis jetzt galten die ewigen Rüstungen zu Wasser und zu Lande als die „beste Friedensgarantie“. Nun die lenkbaren Luftschiffe existieren, ist es plötzlich die Luftflotte, die uns die beste Gewähr für den Frieden gibt. Diesen hanebüchernen Unsinn publiziert die politisch so geistreiche „Bad. Landeszeitung“, ohne sich auch nur einen Augenblick zu überlegen, welches die Folgen des Vorschlages sein werden, den ihr „geschähter“ Mitarbeiter macht. Die Antwort Englands auf den verrückten Vorschlag des „geschähten“ Mitarbeiters der „Bad. Landeszeitung“ wäre nämlich, daß England für jedes deutsche Luftschiff deren zwei oder drei baute, die ihm mit Wonne sogar von den deutschen Mordspatrioten und womöglich noch billiger geliefert würden, als sie das eigene Vaterland bezieht. Oder glaubt der „geschähter“ Mitarbeiter der „Bad. Landeszeitung“ und diese selbst, daß England ruhig zusehen würde, wie Deutschland Luftschiffe baut, um die englische Flotte „lahm“ zu legen? Wenn der Artikel der „Bad. Landeszeitung“ etwas beweist, so die grenzenlose Gedankenlosigkeit, mit welcher in der Chauvinistenpresse auf die politische Dummheit spekuliert und die Gewissenlosigkeit, mit welcher die Völkerverheugung betrieben wird.

Bravo!

Im Gegensatz zu der sonstigen liberalen Presse besitzen die „Mittebadischen Nachrichten“ den Mut, gegen die gedankenlosen Elaborate über die beim Balkankrieg beobachteten „Selbsttaten“ an den gesunden Menschenverstand zu appellieren. So schreibt das genannte „Blatt“ in seiner letzten Wochenrundschau:

Man gerate nur in Verzückung wegen der kriegerischen Selbstaten der Verbündeten. Diese Selbstaten beweisen für die Menschen gar nichts, aber wie diese Kriegsführer, das bewies recht viel. Wie winds unter diesen moralisch verkommenen und verlotterten Völkern erst werden? Woher wird das Regulativ für diese Schänder der Menschheit kommen? Sie sind stolz auf ihre Siege und zu vielen Wuttagen, wie die ihnen den Erfolg über die Türkei und die Großmächte gebracht haben, fähig. Nun Europa! Wenn du eine Kulturmission zu erfüllen hast, hier siehst du, hier greife zu!

Es ist immerhin erfreulich, wenigstens in einem liberalen Blatte einen solchen Appell an die Menschlichkeit und Vernunft zu lesen. Im allgemeinen nimmt die liberale Presse im Kampf gegen die militärische Unkultur einen geradezu jämmerlichen Standpunkt ein.

Eine zentrierte Fudschpredigt.

In der „Straßburger Post“ erschien dieser Tage ein auch von uns zitiert Artikel, in welchem der Gedanke

mir, in einer großen Industriestadt würde ich am ehesten unterkommen. Das Arbeitsamt verschaffte mir eine Stelle als Hausknecht in einer Herberge. Die Arbeit gefiel mir, ich sah hier manchen weitgereisten, abenteuerlichen Kerl und bekam selber Lust, die Flügel zu regen und die Welt anzuschauen. Je mehr meine Ersparnisse wuchsen, desto geringer wurde mein Arbeitsgehalt. Als ich genug hatte, kündete ich und ging zu meinem Freund Bleder nach Jähenheim in die Ferien und verlebte schöne Zeiten. Die Tage schmolzen hin wie Schnee an der Sonne, mein Geld noch rascher. Allgemach bangte mir, wie ich meinen Unterhalt bestreiten sollte, war ich doch in schönsten Gasthöfen einquartiert, fraß und soff wie ein Reichsbaron. Zudem spielte ich den Gläubiger, lief manchen Mädchen nach und verplemperte so das letzte Geld. Alle Versuche, meinem Dichtergaul einige Blutstropfen abzugapfen, schlugen daneben, mit letzter Einmütigkeit kamen die an Redaktionen ausgeschickten Gedichte und Skizzen wieder zurück. Was sollte ich tun? Es blieb mir nichts anderes übrig, als nach langem Bedenken kurzen Abschied zu nehmen. Was die Familie Bleder und besonders seine Schwefel von mir und meinem Schwindelgends denken würde, bekümmerte mich nicht. Die Erbärmlichkeit meiner Handlungsweise ist mir erst später aufgefallen, aber geschehen ist geschehen, tote Sterne lassen sich nicht mehr aufstecken.

2.

Der Schulden wegen war mir der wälderländische Boden recht brenzlich unter den Füßen geworden: ich beschloß, mich jenseits der Vogesen umzutun. Mit der Bahn fuhr ich nach Altmünsterol und besuchte Wöller, den ehemaligen Klassenkollegen. Der war darüber nicht wenig erstaunt und führte mich gleich in die Weinberge nahe der Grenze. Bis in die Nacht hinein saßen wir beieinander und schwätzten, dann gingen wir kühl auseinander, er ins Deutsche, ich ins Welsche. Ich hatte ihm alles erzählt.

Bald fing es zu regnen an. Das ernüchterte mich langsam; als ich im nächsten Dorf ein Gasthaus offen fand, verlangte ich ein Zimmer und schlief bis in den weißen Tag. Nach dem Frühstück fragte ich nach der Schuldbücherei. Es

machte drei Franken und ungerades. Ich kramte alle meine Taschen aus, fand aber mit bestem Willen nur zwei Franken. Die gab ich dem Wirt und ließ ihm noch meinen Mantel als Faustpfand. Mißmutig marschierte ich weiter. Nun besah ich gar nichts mehr als meine Geige. In Belfort raffte ich mein bißchen Französisch zusammen und fragte den ersten besten, wo der Weg nach Paris sei. Der Mann schaute mich erst an, dann lächelte er: „Derstich ruhig dir'sch redde, jeune homme, mir verschtehn via au Ditsch.“ Dann zeigte er mir die richtige Straße. Bis zum Abend kam ich in die Nähe von Lure. Zum erstenmal in meinem Leben erfuhr ich, was Hunger ist. So frech und unternehmend ich sonst war, hier hatte ich nicht einmal die Krutrage, bei den Bauern um Brot oder um ein Nachtlager im Stall oder in der Scheuer zu bitten. Als es dunkelte und ich an eine Matte kam, wo gemähtes Gras aufgeschichtet war, trug ich zu einem Hausen zusammen und grub mich hinein. Ich war müde und schlief bald. Feuchtigkeit und Kälte weckten mich, alle Sterne standen am Himmel. Eine Weile noch blieb ich liegen. Weil die Kühle mich immer mehr umfack, schüttelte ich das tauhafte Gras ab, redte mich und wanderte weiter. Die Sonne ging auf, ich bekam allmählich einen trockenen Hals. Der brachte im Verein mit meinem hungerigen Magen den Fled der Seele, der sich Schambastigkeit nennt, um und ich hat eine Frau, die vor ihrem Hause wusch, um Brot und Wasser. Da kam ich an die falsche Adresse. Sie idrie in einem fort wie gefahren, ich verstand nur so viel, daß ich der gleiche Dumy sei, wie ihr Mann, der sie allein mit fünf Kindern in Dreck und Sped sitzen gelassen habe und jetzt in der Welt herumtrümmere. Eber wollte sie tot umfallen, als einem solchen Tage dieb nur so viel konnte. Dabei machte eine Bewegung, die ich nicht mißverstehen konnte. Ich ließ sie geifern und ließ, bis es dunkel wurde. Der Tag über ah ich nichts weiter als drei grüne Wepfel, die ich auf der Straße fand. Die Drifschaffen, die ich durdwanderte, waren wie tot. Nur in einer Stubt brannte Licht. Eine alte Frau verband ihren Fuß. Ich klopfte, sagte schön guten Abend und fragte, ob sie nicht etwas für mich hätte. Da stand sie auf, aab mir ein großes

den Großblock für den ersten Wahlgang auf der Grundlage der Garantierung des gegenseitigen Bestehens an Mandaten befürwortet wurde. Dieser Artikel presste dem „Freib. Vote“ folgenden Rotschrei ab:

Theoretisch ist das leicht zu behaupten; aber in der Wahlpraxis kommt es für die Nationalliberalen immer anders, als die Theoretiker sich gedacht hatten. Uebrigens ist es schon ein Rückschlag auf eine bescheidene untere Linie, wenn die Nationalliberalen sich mit der Wahrung des bisherigen Bestehens, das heißt mit Beibehaltung von 17 Mandaten, zufrieden geben. Noch im ersten Großblockhandel von 1905 kamen sie auf 23 Mandate. Die Wahrung des Bestehens wird versprochen, aber nicht gewährt. Und jedesmal war es die nationalliberale Partei, auf deren Kosten der große und der kleine demokratische Bruder seinen Mandatsbesitz erweiterte. Den Nationalliberalen Baden ist es 1905 und 1908 ergangen wie dem „kleinen Gerngroß“ im Bad; während er geteilt und massiert wurde und zu wachsen glaubte, ließ der schlaue Charlatan Hoge und Ködgen des Gerngroß noch kleiner machen. Und von der Wahrung des Bestehens, das Hoge und Ködgen zu klein geworden seien, mit Jubel erfüllt, ließ dann der „kleine Gerngroß“ zu den Leuten und rief: „Seht, jetzt wie ich gemacht bin.“ Die badischen Nationalliberalen wissen immer noch nicht, daß sie das Opfer der Täuschung sind, damit Fortschrittler und Sozialdemokraten aus nationalliberalem Leder ihre Partei-Niemen schneiden können.

Die armen Nationalliberalen, die gar nicht merken, wie ihnen von den Sozialdemokraten und Fortschrittler das Fell über die Ohren gezogen wird. Wie großmütig und edel ist dagegen das Zentrum, welches bereit wäre, den Nationalliberalen „ohne jede Gegenleistung“ eine Anzahl sozialdemokratischer und fortschrittlicher Mandate zu verschaffen. Es ist wirklich zu dumm, daß die Nationalliberalen das gar nicht begreifen wollen. Noch dümmere ist es aber, wenn die Zentrumsprelle glaubt, mit solchem „Spek“ die Nationalliberalen fördern zu können.

Sehr bezeichnend

für die Art, wie die Zentrumsprelle ihre Propaganda betreibt, ist die folgende Erklärung in der „Freisgauer Zeitung“:

Es geht eine Notiz durch die liberalen und sozialdemokratischen Zeitungen, wonach die „Freisgauer Tagespost“ gedruckt Beistellergeld verspricht mit der Aufschrift: „An das kath. Stadtpfarramt Emmendingen“. Ich erkläre, daß durch Irrtum oder Mißverständnis dieser Weg gewählt wurde, ohne mein Wissen oder meine Zustimmung. Selbstverständlich wünsche ich, wenn katholische Zeitungen in den katholischen Familien gehalten werden. Emmendingen, 27. März 1913.

H. Sachs, Stadtpfarrer.

Die „Freib. Tagespost“ hat also ohne jede vorherige Anfrage einfach das Emmendinger Pfarramt als Agentur für die „Tagespost“ bezeichnet, um damit einen Druck auf die Leute auszuüben. Man ersieht daraus, wie skrupellos die Zentrumsprelle beim Abmontentanz verfährt. Allerdings darf nicht verlesen werden, daß die „Freib. Tagespost“ diese Ungeniertheit nicht befolgen würde, wenn nicht ein großer Teil der katholischen Geistlichen sich ohne weiteres als Agenten für die Zentrumsprelle mißbrauchen ließen.

Eine dringende militärische „Reform“

Der kommandierende General Frhr. v. Suene richtet an das 14. Armeekorps folgenden Erlaß betr. das Verhalten der Musik bei einem Hurra auf den Kaiser bezw. Großherzog:

Ein Musikdirektor ließ, als ich bei Bestätigung eines Referats-Bataillons drei Hurra auf Seine Majestät den Kaiser ausbrachte, dreimal Tusch blasen. Die Musik- und Trompetenkörper sind zu befehlen, daß das Uebertragen dieses Gebrauchs von Zivil-Feierlichkeiten auf Paraden und irgend welche militärische Feierlichkeiten durchaus unzulässig ist. Ich verbitte hiermit, daß bei Paraden wie bei allen militärischen Feierlichkeiten bei einem Hurra auf den Kaiser bezw. auf den Großherzog Tusch geblasen wird. Es ist lediglich nach dem dritten Hurra „Heil dir im Siegerkranz“ bezw.

Stück Brot und sagte, ich solle für sie beten. So hat mir Brot noch nie geschmeckt! Ich fragte es ordentlich in mich hinein. Auch diesmal übernahmte ich im Freien und froh und froh. Als die Sonne recht schien, legte ich mich unter einen Nussbaum und war fertig. Ich erwachte erst, als mir jemand mit einem Strohhalm die Nase kitzelte. Dieser jemand war ein ungarischer Pelzmacher, ein alter, versoffener Bruder, der nach Paris hinein wollte. Wir marschierten zusammen weiter und ich klagte ihm meine Nöte. Er lachte: einen ausgemachten Simpel als mich hätte er noch nicht gesehen. Ich sei blödsinniger, als des Teufels Werktagssack am falschen Ort, sonst müßte ich wissen, daß jede Bürgermeisterei verpflichtet ist, reisenden Handwerksburschen für Brot und Obdach zu sorgen. Je länger wir gingen, desto mehr schmerzten mich meine Füße. Endlich konnte ich nicht mehr aushalten, zog meine Schuhe aus und sah, daß ich mir Blasen gelaufen hatte. Der Ungar schnitt sie mit einer kleinen Schere auf, ich mußte darüber wässern. Es brannte wie Feuer, hat aber geholfen. Seit der Zeit wurde ich nie mehr fuhrfrank. In Besoul ging er mit mir nach der mairie und zeigte mir, wie die Sache gedeckelt wurde. Er bekam für uns beide eine Anweisung auf vier Pfund Brot. Als wir die heim Bäcker geholt und gegessen hatten, führte uns der Polizeidiener nach einer Wirtschaft zum Uebernachten. Diese gehörte einem ehemaligen Esjäger, der gleich nach dem Kriege operiert hatte. Deutsch konnte er scheinlich nicht mehr. Das einzige Wort, das ich von ihm hörte, war: Gottverdammlich! In der Wirtschaft lagen viele Arbeiter und tranken Absynth und Wein. Die meisten hatten blaue Blusen an und trugen Tellermützen. Als sie meine Geige sahen, mußte ich sie auspacken und aufspielen. Das tat ich nur ungern; ich idäwichte innerlich vor Verlegenheit und Scham; aber von allen Seiten wurde geschlakt und so blieb mir nichts anderes übrig. Da ich Wein nicht vertrug und Absynth noch weniger, hatte der Ungar mich Profit davon. Der Kerl loff unheimlich. Wie wir unsere Schlafkammer fanden, weiß ich nicht mehr. Am Morgen hatte ich einen Gesckmad im Munde, der mir die ganze Welt verleierte. Drüben im anderen Nest — es hätte ein Bett sein sollen — schwarze der Ungar splitternd, die Decke lag am Boden und war ganz verdreht. Ich faste einen solchen Nöthen, daß ich mich schnell ankleidete und losging.

(Fortsetzung folgt.)

„Badische Hymne“ zu spielen. Der kommandierende General: Freiherr von Suene.

Heil, Heil, Heil! Nun kann der deutsche Michel wieder ruhig weiter schlafen. Wir sind um eine militärische Reform reicher.

Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung im Bau-Gewerbe.

Zur Zeit schweben in Deutschland die Tarifverhandlungen für das Baugewerbe. Die zentralen Verhandlungen, welche vom Staatssekretär Dr. Delbrück veranlaßt wurden, sind vorläufig beendet und wird nun die Lohnfrage und die Frage der Arbeitszeitverkürzung zwischen den Parteien in den einzelnen Bezirken verhandelt werden. Bei diesen Verhandlungen wird die Frage der Arbeitszeitverkürzung für die Bauarbeiter eine große Rolle spielen. Insbesondere trifft diese für Karlsruhe und Durlach zu, weil die Bauarbeiter in ihrer Mehrzahl in ländlichen Gebieten wohnen und zum großen Teil nur mit der Bahn, zum Teil zu Fuß oder mit dem Fahrrad nach dem Arbeitsort gelangen können. Da dieser Zustand auch in sehr vielen anderen Lohngebieten in Deutschland vorherrschend ist, haben die Vertreter der Bauarbeiter bei den zentralen Verhandlungen Veranlassung genommen, zu verlangen, daß der Weg zu einer Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe unter 10 Stunden geteilt wird. Diesem Verlangen wurde seitens der Unparteiischen insofern stattgegeben, daß sie in ihrem Vorschlag vom 12. März d. J. zum Hauptvertrag im § 2 Arbeitszeit betreffend, folgende Bestimmung aufgenommen haben:

2. Für einzelne Orte und angrenzende wirtschaftlich zusammengehörige oder gleichartige Gebiete, in denen die Arbeitszeit zehn Stunden beträgt und besonders schwierige Verhältnisse namentlich in Wohnungs- und Verkehrsangelegenheiten vorliegen, kann eine mäßige und allmähliche Herabsetzung der Arbeitszeit erfolgen.

Die Voraussetzung zur Erfüllung dieser Bestimmung, die Arbeitszeit unter 10 Stunden herabzusetzen, ist, wie aus folgendem ersichtlich, für Karlsruhe und Durlach gegeben:

Im Monat August 1912 wurde seitens des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Karlsruhe eine Enquete veranstaltet, damit festgestellt werden konnte, wie lange die Bauarbeiter bei der gegenwärtigen Arbeitszeit von 10 Stunden täglich unterwegs sein müssen. Befragt wurden 530 Bauarbeiter. Davon waren im Stadtgebiet wohnhaft 82, während 1468 aus 43 Orten morgens und abends die Bahn benutzen und 20 aus zwei Orten morgens und abends je eine Stunde gehen mußten, um an ihre Arbeitsstelle zu kommen. Von den genannten 1468 Bauarbeitern, die die Bahn benutzen, waren 1249 genötigt, bis zu 3 Kilometer und 182 von 3 bis 8 Kilometer morgens und abends zu Fuß zu gehen, um an die Bahnstation zu kommen.

Wird nun dabei berücksichtigt, daß 757 Bauarbeiter zwischen 4 und 5 Uhr, 871 Bauarbeiter zwischen 5 und halb 6 Uhr und nur 30 Bauarbeiter nach halb 6 Uhr die Bahn morgens benutzen müssen, so ist es begreiflich, daß der tägliche Zeitaufwand des einzelnen Bauarbeiters ein ganz enormer ist. In Stunden zusammengestellt ergibt sich, daß

Table with 3 columns: Number of workers, percentage, and hours. 20 Bauarbeiter von 13 - 13 1/2 Stunden, 176 " " 13 1/2 - 14 " " 692 " " 14 - 14 1/2 " " 486 " " 14 1/2 - 15 " " 72 " " 15 - 15 1/2 " " 101 " " 15 1/2 - 16 " " 34 " " 16 - 16 1/2 " " 27 " " 16 1/2 - 17 " " 70 " " über 17 "

täglich von zu Hause weg sind.

Daß unter diesen Umständen, in bezug auf die Arbeitsleistung, die Verkürzung der Arbeitszeit für die Bauarbeiter, auch für die Arbeitgeber ein Vorteil sein muß, scheint bei näherer Prüfung klar zu sein. Denn jedenfalls steht fest, daß der Arbeiter, wenn er genügend ruhen konnte, mit größerer Arbeitsfreudigkeit sein Tagewerk beginnt. Daß aber unter diesen Umständen, wie oben geschildert, kein Bauarbeiter genügend ausruhen kann, muß jeder, der die Arbeit kennt, zugeben.

Dann muß auch in Betracht gezogen werden, daß der Arbeiter bei den jetzigen Verhältnissen auf ein geordnetes Familienleben verzichten muß. Es gibt tatsächlich Kinder, die ihren Vater, trotzdem dieser jeden Tag nach Hause kommt, die ganze Woche nicht sehen, weil sie morgens noch und abends wieder schlafen.

Also das Bedürfnis, die Arbeitszeit zu verkürzen, liegt im Baugewerbe ohne Zweifel vor, zumal doch die Bauarbeiter ebenfalls Anspruch erheben können, sich mehr ihren Familien wie bisher zu widmen. Das können sie aber nur, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird. Daß aber die so notwendig gewordene Arbeitszeitverkürzung morgens vorgenommen wird, daran haben allerdings auch andere Faktoren als die Bauarbeiter ein Interesse. Wir denken dabei an die Nachbarschaft von Neubauten. Sehr oft wurde schon in solchen Fällen Beschwerde darüber geführt, weil früh morgens die Schläfer durch den Schiefel am Bau oder wenn der Polier ein zu lautes Organ hatte, aus ihrer Ruhe gerissen wurden. Ja es sind Fälle bekannt, daß das Gammern an den Bauten vor morgens um 7 Uhr, mit Rücksicht auf die Nachbarschaft, seitens des Arbeitgebers verboten wurde.

Ferner kann man bald jeden Tag die Beobachtung machen, daß bei Reparaturen in bewohnten Häusern, die Bauarbeiter auf der Straße stehen und warten, weil um 6 Uhr früh der Haus noch geschlossen ist. In betriebligen Fällen muß dann der Hauseigentümer die Wartezeit bezahlen, weil man dem Arbeitgeber nicht zumuten kann, seine Arbeiter zu entlohnen, ohne daß er es der Kundschafft anrechnen.

Also alles das könnte mit einem Schlag geändert werden, wenn seitens der Herren Arbeitgeber des Baugewerbes dem Wunsch der Bauarbeiter Rechnung getragen und die Arbeitszeit mit dem Abschluß des neuen Vertrags von morgens 7 Uhr ab festgelegt wird.

Gewerkschaftliches.

Bezirkliche und örtliche Tarifverhandlungen im Baugewerbe. Der Vorstand des Unternehmerverbandes hat mit Rundschreiben vom 22. März d. J. die Bezirks-, Landes- und Provinzialverbände sowie die dem Bund direkt angeschlossenen Einzelortsverbände angewiesen, die Tarifverhandlungen auf Grund des von den Unparteiischen vorgezeichneten Hauptvertrages und Vertragsmusters umgehend zu beginnen und spätestens bis zum 19. April d. J. zu beenden. Die Verhandlungen sollen mindestens für alle bisherigen Vertragsgebiete geführt werden. Am 10., 16. und 19. April soll dem Bundesvorstand über den Gang und Erfolg der Verhandlungen kurz berichtet werden.

Zur Ausherrung im Malergewerbe. In Hannover ist es in den letzten Tagen zum definitiven Abschluß eines Tarifvertrages zwischen der Zwangsinnung und dem Verband der Maler gekommen. Durch den Tarif wird der Lohn um einen Pfennig über den Berliner Schiedsspruch (von 5 auf 6 Pfg. im

dritten Vertragsjahre) erhöht. Die für dieses Jahr festgesetzte Lohnerhöhung von 3 Pfg. wird am 1. März, also vom Ablauf des alten Tarifs an, nachgezahlt. Außerdem beträgt die Entfernung, über die hinaus Fahrgeld bei auswärtigen Arbeiten gezahlt wird, nicht 5 Kilometer, wie im bisherigen und jetzt umfrittenen Reichstarif, sondern 4 Kilometer. Als Ablaufstermin ist nicht, wie es bisher der Fall und für den zukünftigen Tarif vorgesehen war, der 15. Februar, sondern der 1. März 1916 festgesetzt. Wichtig sind auch die Bestimmungen über die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz. Diese regeln hier lediglich die beiderseitigen Vertragsparteien, so daß der Einfluß des Unternehmerverbandes zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz auf den dieser bisher immer so großes Gewicht legte, ausgeschlossen ist.

Von Bedeutung für die Unternehmer aber ist, daß durch solche Abschlüsse wie in Hannover, Mittweida und anderen Städten, das Prinzip des Reichstarifvertrages immer mehr durchgesetzt wird. Der Unternehmerverband muß jetzt zusehen, wie das, was ihm vor drei Jahren als das Wichtigste schien, allmählich dahinschwand. Denn noch einige solche Fälle wie Hannover, und eine Reihe bisher den Gehilfenorganisationen auferlegte allgemeine tarifrechtliche Verpflichtungen sind gegenstandslos geworden, und zwar nicht auf Betreiben der Gehilfenorganisationen, sondern infolge einer aus dem Unternehmerverband selbst hervorgehenden Reaktion, die sich gegen die oben festsetzt, die der Reichstarifvertrag den Unternehmern ohne Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse anlegt.

Dazu kommt, daß auch die Verhandlungen mit dem Bund deutscher Dekorationsmaler, der vor einer ganz neuen Entwicklung steht, wieder lebhaft gefördert worden sind. Die praktischen Folgen des jedenfalls zustande kommenden Tarifvertrages werden den Malern im Vorhande des Unternehmerverbandes jedenfalls noch zeigen, daß ihre blinde Draufgängerei den Malermeistern keinen Segen bringt.

In Bochum sind von den frei organisierten Malern nur noch 40 außer Arbeit, während die Christlichen ihre Leute alle untergebracht haben. Der Sondertarif ist bis jetzt von fünf Unternehmern unterzeichnet worden. In einer Versammlung der christlichen Gewerkschaften wurde das Verhalten der Unternehmer, wie das passive Verhalten der Aufsichtsbörden gegenüber dem ungesetzlichen Vorgehen der Innungen mit ihren Strafbefehlen auf das schärfste kritisiert. Die Führer der christlichen Bauarbeiter erklärten, mit voller Kraft hinter den Malern stehen zu wollen, wenn man zum Angriff übergehe. Alsdann müßten die Gehilfen aber auch wissen, wofür sie gekämpft haben. Die Kriegskosten müßten die Unternehmer tragen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Aus der Partei.

Aus dem 10. Reichstagswahlkreis. In verhältnismäßig gut besuchten öffentlichen Versammlungen sprach am letzten Samstag in der „Traube“ in Bulach und am Sonntag nachmittag in der „Linde“ in Anellingen Genosse Reichs- und Landtagsabgeordneter Fuchs aus Straßburg über: „Deutschlands innere und äußere Politik“.

Medner ging mit den bürgerlichen Parteien scharf ins Gericht, deren geradezu jämmerlichen Haltung das deutsche Volk die ins maßlose sich steigenden Rüstungen zu danken habe. Die Reichsregierung habe aus dem Volksgeld von Januar 1912 nichts gelernt, sonst hätte sie sich nicht erlauben können, unmittelbar nach der Wahl mit einer Militärpolizei vor den Reichstag zu treten. Allein, die Regierung sei sich darüber klar, daß sie einen Widerstand nicht einmal von den Linksliberalen zu befürchten habe, die bekanntlich schon die vorjährige Militärpolizei unbesehen und die jetzige ebenfalls schluden werde, von dem militärtrunkenen und steuerbewilligungslustigen Zentrum gar nicht zu reden. Diese wahnsinnigen deutschen Rüstungen würden im Ausland verstanden, was durch die französische Militärpolizei ganz deutlich zum Ausdruck komme und auch die übrigen Staaten zu weiteren Rüstungen übergingen. Von der Sicherung des Weltfriedens könne keine Rede sein, im Gegenteil, die Lage würde eine immer gespanntere, wozu unsere Diplomaten noch ihr möglichstes beitragen.

In ausgezeichnete Weise kennzeichnet Medner die Verfehrtheit unserer auswärtigen Politik, deren Ursache in der Unfähigkeit unserer Diplomatie zum Ausdruck komme.

Nachdem Medner in eingehender Weise die Schrecken des Balkankrieges geschildert und einen Vergleich mit diesem und einem etwaigen europäischen Kriege und dessen unabsehbaren Folgen gezogen hatte, schloß er seine trefflichen Ausführungen mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, auf dem Posten zu sein und unermüdetlich für die Ausbreitung des Sozialismus und deren Presse tätig zu sein. Der große Beifall und der Verzicht auf eine Diskussion hat bewiesen, daß den äußerst interessanten Ausführungen nichts hinzuzufügen war und der Medner jedem einzelnen aus dem Herzen gesprochen hat.

Die Vorsitzenden der beiden Organisationen, Genossen Fuchs und König, dankten dem Referenten für seine Ausführungen, den Wunsch anknüpfend, er möge sich recht bald wieder zur Verfügung stellen.

Kommunalpolitik.

Bürgerausführung in Gaggenau. Der neu gewählte Bürgerausschuß war bereit auf vergangenen Donnerstag, 27. März, zur ersten Sitzung eingeladen worden. Die Tagesordnung war kurz. Der erste Punkt betraf den Anlauf von 176 Quadratmeter Gelände zur Straßenherstellung, während auf der andern Seite 250 Quadratmeter getauft wurden. Mit der Erledigung des zweiten Punktes wurde einem schon längst vorhandenen Bedürfnis endlich Rechnung getragen. Da die Landwirtschaft treibende Bevölkerung schon lange über den großen Schaden, den die Feldmäuse und Maulwürfe anrichten, bitter Klage führten, auch bei der letzten Voranschlagsberatung wurde darauf hingewiesen, zeigte sich der hiesige Gemeinderat nun bereit, derart Abhilfe zu schaffen, daß jetzt ein Scheermäuser angestellt wurde, der als Vergütung pro Stück 20 Pfg. erhalten soll. Der weitere Punkt betraf eine Auflage, die dem Baumeister Laule gegenüber erlassen wurde. Herr Laule hatte vor etwa 3 Jahren das beim Kinderschwenderischen Denkmal gelegene Grundstück angekauft, um Arbeiterwohnhäuser darauf zu erbauen. Es wurde nun die Verfügung erlassen, daß er diesen Plan innerhalb eines Jahres auszuführen hat, andernfalls fällt das genannte Gelände wiederum um den Ankaufpreis an die Gemeinde zurück, die dann das Bauen der Arbeiterhäuser selbst in die Hand zu nehmen beabsichtigt. Sämtliche Punkte wurden einstimmig genehmigt.

Resultatlose Bürgermeisterwahlen. Die Bürgermeisterwahl in Betschal verlief resultatlos. Es erhielten der bisherige Bürgermeister Burger 19, Gemeinderat Binterer 10 und Landwirt Jägler 5 Stimmen. Es muß nun ein zweiter Wahlgang stattfinden. — Der dritte Wahlgang zur Bürgermeisterwahl in Ballstatt verlief wiederum ergebnislos. Es erhielten Stimmen: A. Boffert (natl.) 144, G. Rudolph (Ztr.) 136 und J. Schäfer (Soz.) 67 Stimmen. Da auch bei dieser Wahl keiner der Kandidaten die erforderliche Mehrheit erhielt, wird nunmehr das Ministerium des Innern einen Bürgermeister ernennen.

Soziale Rundschau.

Vom Oberland wird geschrieben: In einem Dorfe der Rhein-ebene des badiſchen Oberlandes ward eine weitere Verkehrtsnotwendigkeit...

Neues vom Tage.

Geständnis auf dem Sterbebett.

Salzburg, 29. März. Am 15. September 1899 wurde auf dem Wege zur Zudeberg-Alpe der Fabrikant Dr. Albert Waldmann durch einen Revolverſchuß schwer verletzt...

80 000 Mark unterschlagen.

Frankfurt a. M., 31. März. Der 37-jährige Bankbeamte Karl Steuernagel, der hier bei einem Bankgeschäft tätig ist, hat sich durch einen raffinierten Betrug 80 000 M. verschafft...

Verunglückter Freiballon.

Hlensburg, 31. März. In Halesund hat sich am Samstag ein Ballonunfall ereignet. Zwischen Finen und Aſen ſahen Fischer einen Freiballon in der Nähe der Waſſer über dem Meere treiben...

Berichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer. Sitzung vom 27. März.

In geheimer Sitzung kam als erster Fall die Anklage gegen die 23-Jährige alte Stellnerin Ch. N. G. aus Weingarten, wohnhaft in Bruchſal, wegen verſuchter Abtreibung zur Verhandlung...

Die bürgerliche Presse

verdankt ihre Nachstellung zu einem guten Teil der Unterstützung durch Arbeiter. Diese Klaffengenossen, unter ihnen leider auch organisierte Sozialdemokraten u. Tausende...

millionenschweren Kapitalisten

willing Tribut und lassen sich dafür von der gelben, schwarzen und blauen Presse täglich ver-raten und verkaufen. Partei-genossen u. Freunde arbeiten unermüdet für euer Blatt! Es ist

das einzige Organ d. Minderbemittelten

Nur aus ihm kann sich der Arbeiter über den großen Kampf seiner Klasse unterrichten. Auch der lokale, allgemeine und unterhaltende Teil wird an inhaltlichem Wert von keiner Zeitung unseres Bezirks übertroffen. — Wert für den

„Volksfreund“

Kommunalpolitik.

Voranschlagsberatung in Weingarten.

In der am letzten Donnerstag, vormitags 1/8 Uhr, abgehaltenen Bürgerausſchüßung stand die Beratung des dies-jährigen Voranschlags auf der Tagesordnung. Dem Voranschlag entnehmen wir folgendes: Die Gesamtausgaben betragen 121 594 M., die Einnahmen 74 847 M. Durch Umlage und Würgergenugauflage bleiben also noch 47 747 M. zu decken...

Theater und Musik.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Freitag, 4. April. B. 50. „Der Ring des Nibelungen“. Zweiter Tag. „Siegfried“ in 3 Akten von Rich. Wagner. Siegfried: Otto Kühnemann vom Hoftheater Braunschweig...

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden. Buchblatt für Holzarbeiter. Heft 3 des achten Jahrgangs, März 1913. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in Berlin.

nur ein kleines Vermögen besitzen. Wenn diese Ungerechtigkeit beseitigt sei, dann würden seine Freunde auch für die Schuldenaufnahme stimmen. Wenn es soweit käme, dann würden diese Leute schon einen anderen Vorwand finden zur Ablehnung...

Es folgte nun die Beratung des Voranschlags. Bei Position 3a wurden von verschiedenen Nebenher-Bitsänden bei der Bearbeitung kritisiert und dringend der Abstellung verlangt. — Verschiedene Klagen wurden auch laut über die Kanalreinigung und den Zustand der Feldwege...

Die Aufhebung des Schulgelbes vorbrachten, so würden die bürgerlichen Parteien trotzdem auf ihrer vorgefaßten Meinung beharren und gemäß ihres Fraktionsbeschlusses unsern Antrag ablehnen. Mit Recht sei die Bezeichnung „fabrikähnlich“ im „Volksfreund“ erfolgt. Denn die Begründung für die Beibehaltung der Gebühren des Ratsschreibers mit der Entlastung der breiten Massen sei fabrikähnlich gewesen; hier bei der Aufhebung des Schulgelbes könne man aber von Entlastung der breiten Massen reden...

Die Aufhebung des Schulgelbes vorbrachten, so würden die bürgerlichen Parteien trotzdem auf ihrer vorgefaßten Meinung beharren und gemäß ihres Fraktionsbeschlusses unsern Antrag ablehnen. Mit Recht sei die Bezeichnung „fabrikähnlich“ im „Volksfreund“ erfolgt. Denn die Begründung für die Beibehaltung der Gebühren des Ratsschreibers mit der Entlastung der breiten Massen sei fabrikähnlich gewesen; hier bei der Aufhebung des Schulgelbes könne man aber von Entlastung der breiten Massen reden...

Mit der Wahl der Rechnungsprüfungskommission hatte die Sitzung nach dreieinhalbstündiger Dauer ihr Ende erreicht. Die sozialdemokratische Fraktion kann ohne Nachbeden behaupten, ihre volle Schuldbiligkeit getan zu haben. Sagen wir auch dem unsozialen Verhalten der liberalen-konfessionell-gesinnlichen Fraktion die Schuldenaufnahme nicht erreicht, so dürfen wir trotzdem hoffen, daß diese Fesseln der Schuldenbezahlung, die mit so fadenstimmigen Gründen verteidigt wird, sich nicht mehr lange halten kann.

Unterhaltungsblatt... wegen und von der... die weiteren... normal veranlagte... „bibliographische... die Unterhaltungs... die Unterhaltungs... die Unterhaltungs...

Z. V. d. H.
 Zentralverband der Handlungsgehilfen
 Bezirk Karlsruhe.
 Heute Dienstag abend
 9 Uhr im Lokal „Drei
 Könige“, Kreuzstr. 14,
Mitglieder-
Versammlung
 Vortrag des Herrn Ludwig
 Erb über: „Moderne
 Weltanschauung“.

Zwei Betten
 Zwei polierte engl. Bettstellen,
 2 Matrasen, 2 doppelte Matrasen
 mit grauem Drell, 2 Polster
 werden für den billigen Preis
 von 140 M. abgegeben. 6839
 Waldstraße 22, Möbelhaus.

Mehl-Zentrale
Karlsruhe
 Werderplatz 37
 Ludwigsplatz 65
 Telephon 484
 Hardtsirass 7
 Waldhornstrasse 48
 15 Rudolfstrasse 15
 Ecke Ludwig-Wilhelmstr.

Grosse
Preisermässigung
 in
Californ. Pflaumen
 per Pfd. statt 25 ₤ nur 20 ₤
 „ „ „ 30 „ 25 „
 „ „ „ 35 „ 30 „
 „ „ „ 40 „ 35 „
 „ „ „ 45 „ 40 „
 grosse Frucht 50 u. 60 „
ff. gemischtes Obst
 per Pfd. statt 40 ₤ nur 35 ₤
 „ „ „ 50 „ 45 „
 „ „ „ 60 „ 55 „

Birnschnitze
 per Pfund 35 ₤
Apfelschnitze
 per Pfund 45 ₤
Dampfpfäfel
 per Pfd. 45, 55 und 70 ₤
 Bei Abnahme von:
 8 Pfund per Pfund 1 ₤
 5 „ „ „ 2 ₤
 10 „ „ „ 3 ₤
 Preisermässigung.
Aprikosen
 per Pfund 65, 75 u. 90 ₤
Californ. Pflirsche
 und **Birnen**
 per Pfund 65 ₤
Italien. Brünellen
 per Pfund 90 ₤
Kalfat-Daffeln
 per Pfund 35 ₤
Kranzselgen
 per Pfund 28 ₤.
 Alles nur in bester Ware
 in der

Marienstr. ist schön möbl.
 Zimmer an d. Arbeiter
 oder Frauen zu vermieten. Zu
 erf. bei der Exp. d. Volksfr.

Saub. Kind oder auch Ge-
 schwiftl. werden
 tagsüber in Pflege genommen.
 Näh. bei d. Exp. d. Volksfr. 86

Gebelfstr. 12, 1. St. ist möbl.
 Mansarden-Zimmer sof.
 od. später an anst. Arbeiter
 klig zu vermieten.

Zu verkaufen 1 Chiffonier,
 1 neu, 1 Bett, 1 Sofa, 1 Matrasen,
 2 Kissen, 1 Tisch, 1 Nachttisch,
 1 Spiegel. 101
Wielandstrasse 14, 3. St., 14.

Hund (Wolf-Hüde) 4 Woch.
 alt, als Haus- oder
 Jagdhund sehr wachsam, zu ver-
 kaufen. — Gustav Berger,
Grünwetterbach, Sawstr. 10.

Sommerfahrplan der Städtischen Strassenbahn Karlsruhe.
 Gültig vom 1. April bis zum 30. September 1913.

6868

Nr. der Linie	Linien	Wagen- folge in beid. Richt.	Werktags		Sonn- und Feiertags		Bemerkungen. † Werktags. * Sonn- und Feiertags.
			von	bis	von	bis	
1	Durlach—Rheinhafen (Stredenfarbe „weiß“ schwarze Schrift) Rheinhafen—Durlach	10 Min.	6:55 V	10:05 N	6:55 V	10:05 N	Außerdem fahren Wagen: von Durlach bis Mühlburg 10:15, 10:25, 10:35. Von Durlach bis Hauptbahnhof 10:27. Später abgehende Wagen fahren nur bis Schlachthof. Von Rheinhafen bis Schlachthof 10:25, 10:35, 11:05. Ferner siehe „Spätwagen“.
			6:35 V	10:25 N	6:35 V	10:25 N	
2	Durlach—Mühlburg (Stredenfarbe „weiß“, rote Schrift) Mühlburg—Durlach	10 Min.	6:00 V	8:30 N	7:20 V	10:00 N	Außerdem fahren Wagen an Sonn- und Feiertagen: * Von Durlach bis Mühlburg 10:10, 10:20, 10:30. Unstündlich: Von Mühlburg bis Schlachthof 10:20, 11:00, 11:10. Ferner siehe „Spätwagen“.
			6:27 V	8:27 N	7:47 V	10:17 N	
3	Schlachthof—Hauptbahnhof (Stredenfarbe „rot“) Hauptbahnhof—Schlachthof	10 Min.	6:35 V	10:30 N	6:35 V	10:30 N	Außerdem fahren Wagen von Schlachthof zum Hauptbahnhof an Werk- tagen: 6:14, 6:24, 6:34 V. an Sonn- und Feiertagen 6:24, 6:34 V. Wagen 11:05 ab Hauptbahnhof fährt nach Durlach; siehe „Spätwagen“. — An Sonn- und Feiertagen 11:50 ab Hauptbahnhof nach Schlachthof.
			6:35 V	10:30 N	6:35 V	10:30 N	
4	Friedhof—Weiertheim (Stredenfarbe „gelb“) Weiertheim—Friedhof	10 Min.	6:45 V	10:25 N	6:40 V	10:25 N	Letzte Wagen: Von Hauptpost nach Weiertheim 10:17, 10:27, 10:37, 11:10, 11:40, * 10:55. Von Weiertheim nach Friedhof 10:10, 10:20, 10:30, 10:40. Von Weiertheim nach Hauptbahnhof 10:30. Von Friedhof nach Schlachthof 10:30, 10:40, 10:50, 11:00. Während der Messe und sonstiger Veranstaltungen fährt jeder zweite Wagen in Richtung Meszplatz.
			6:30 V	10:40 N	6:34 V	10:40 N	
5	Hauptbahnhof—Städt. Krankenhaus (Stredenfarbe „grün“) Städt. Krankenhaus—Hauptbahnhof	10 Min.	6:17 V	10:50 N	6:17 V	10:47 N	11:01 ab Hauptbahnhof fährt nach Rheinhafen siehe „Spätwagen“.
			5:58 V	10:40 N	5:58 V	10:47 N	
6	Hauptbahnhof—Kühler Krug (Stredenfarbe „violett“) Kühler Krug—Hauptbahnhof	10 Min.	7:20 V	10:45 N	7:20 V	10:40 N	Außerdem fahren Wagen von Hauptbahnhof zum Kühler Krug + 6:25, 6:55, 6:45, 6:35, 7:00, 7:10 V, * 10:50, * 10:55 N. Von Schlachthof zum Kühler Krug 5:55, 6:10, 6:25, 6:30, 7:00, 7:10 V. Von Kühler Krug zum Hauptbahnhof 6:25, 6:35, 6:45 V, 10:25, * 11:00 N. Von Kühler Krug zum Schlachthof 10:41, 10:51, * 11:00, 11:25, 11:45, * 11:11, * 11:15 N.
			6:58 V	10:21 N	6:58 V	10:46 N	

† Werktags
 * Sonn- u. Feiertags

Spätwagen
 nach Kühler Krug, Mühlburg, Rheinhafen

ab	an	11:05	11:10	11:15	11:20	11:25	11:30	11:35	11:40
Durlach	Schlachthof								
Hauptbahnhof	Marktplatz								
Mühlb. Tor	an Kühler Krug								
an Hardtsirass	an Rheinhafen								

Frühwagen an Werktagen.

Durlacher Tor—Durlach 5:00 5:45 6:00 6:30 6:45 7:10 11:30 V
 12:07 12:45 6:07 N
 Durlach—Durlacher Tor 5:00 5:45 6:10 6:25 6:30 7:00 11:30 V
 12:00 1:10 6:20 N
 Schlachthof—Rheinhafen 5:00 5:15 5:30 V
 Rheinhafen—Durlach 5:00 5:45 6:30 V
 Schlachthof—Weiertheim 5:00 5:30 V
 Weiertheim—Durlach 5:00 5:30 V

nach Friedhof, Schlachthof, Durlach.

ab	an	11:05	11:10	11:15	11:20	11:25	11:30	11:35	11:40	11:45	11:50	11:55	12:00	12:05	12:10	12:15	12:20	12:25	12:30	
Rheinhafen	Schlachthof																			
Schlachthof	Hauptbahnhof																			
Hauptbahnhof	Marktplatz																			
Marktplatz	an Schlachthof																			
an Durlach	an Friedhof																			

Sonderwagen
 werden gestellt in der Zeit zwischen 5 Uhr morgens und 1 Uhr
 nachts zu den in den allgemeinen Beförderungsbedingungen
 enthaltenen besonderen Bestimmungen. Die Beförderungs-
 bedingungen werden von den Verkaufsstellen und vom
 Straßenbahnamt unentgeltlich abgegeben.

Auch außerhalb der fahrplanmäßigen Zeit fahren nach
 Theaterabend Wagen ab Waldstraße nach Durlach, Mühl-
 burg, Kühler Krug, Krankenhaus, Hauptbahnhof, Friedhof
 und Weiertheim.

nach Hauptbahnhof

ab	an	11:05	11:10	11:15	11:20	11:25	11:30	11:35	11:40
Kühler Krug	Krankenhaus								
Mühlburger Tor	Weiertheim								
Weiertheim	Hauptpost								
Marktplatz	an Hauptbahnhof								

nach Weiertheim

ab	an	11:12	11:15	11:20	11:25	11:30	11:35	11:40	11:45
Hauptbahnhof	Marktplatz								
Hauptpost	an Weiertheim								

Städt. Vierordtbad
 Kohlensäurebäder und elegante
Wannenbäder.
 I., II. und III. Klasse.
 Für Herren und Damen
 geöffnet von vormittags
 1/8 bis abends 8 Uhr,
 sowie Sonntags 1/8 bis
 12 Uhr. Samstags eine
 Stunde länger, auch über
 Mittag geöffnet. 7192

Fleischer Hausierer
 (auch Milchhändler) kann viel
 Geld verdienen durch den Verkauf
vorzüglicher
Camembert-Käse
 (vollkornige Stücke!)
 Versand unter Nachnahme.
 Bewerber wollen sich schriftlich
 melden unter F. Z. C. 364 bei
 Annoncen-Expedition Rudolf
 Mosse, Strassburg i. G. 91

Zug
Frühjahrs-
Musikant
 empfehle ich
Gemüse, Gras- u. Blumen-
Sämereien
 in anerkannt vorzüglichen, feim-
 fügigen Sorten, offen ausgevo-
 ren, daher vorteilhaft, sowie
 Chilisalzpeter, Thomasmehl, schw-
 felsaures Ammoniak, Kalkstein.

Tagelöhner
 sowie
Großhändler
 für in oder außer dem Hause
 sucht
Hans Leyendecker
 97 Kaiserstrasse 177.

Herren-Anzüge
 reinigt à 2.50 M.
Chem. Wäscherei Finrohr
 Kaiserstr. 28. 581

Mädchen gesucht.
 Ein williges, fleißiges Mädchen,
 welches der bürgerl. Küche vor-
 ziehen kann, wird auf 15. April
 gesucht. Näh. Grenzstr. 5 III.
 Kaufm. Rudolfstr. 31 IV. r.

Zum
Umzug
 empfehle: 98

Gardinen
Rouleaus
Bodenteppiche
 Bequemste Teilzahlung.

P. Zeicher
 Manufakturwaren
 Karl-Friedrichstr. 19 II.

Schulhefte

Stück
6 Pfg.
 nach der neuen Vorschrift
 des Grossh. Ministeriums
 des Kultus und Unterrichts

Dutzend
65 Pfg.
 Preis einschliessl. Umschlag

HERMANN
TIETZ.

Karlsruhe, den 31. März 1913.
 Städtische Schlacht- und
 Viehhofdirektion.

Lachen! Lachen! Lachen!

Colosseum.

Waldstr. 16/18 :: Telefon 1938.

Heute!

Dienstag, den 1. April

Première

JOB's

Lustige Bühne.
Direktion: Hermann Job.

Das Tollste vom Tollen!
Zwerchfellerschütternde Komik.
Lachstürme. Lachstürme.

Der Mann mit dem Fimmel.

Schwank in 3 Akten.

Gewöhnliche Preise.
Vorverkauf in den bekannten Geschäften.

Die Colosseums-Kasse ist täglich vormittags von 11-12^{1/2} Uhr und abends ab 7 Uhr geöffnet.

Lachen! Lachen! Lachen!

Das Ideal der Hausfrau
ist eine
Singer Nähmaschine.

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

Zu haben in sämtlichen Läden mit nebenstehendem „S“-Schild oder durch unsere Agenten.

Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.
Kaiserstr. 124 Karlsruhe Wilhelmstr. 35.

Achtung! Achtung!
Zu bevorstehendem Schulanfang empfehle noch eine größere Anzahl

Bücher-Ranzen

mit nur kleinen Fehlern, welche ich mit 40% Rabatt abgebe. Echte Leder-Ranzen ohne Fehler zu billigen Preisen. Empfehle auch noch eine Anzahl Kommunion-Gesangbücher zu Ausnahmepreisen.

Willy. Ballmer, Luisenstraße 89.

Carl König

Dentist.

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.

Telephon 2451.

Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.

Haut-Bleichcreme

„Chloro“ bleicht Gesicht u. Hände in kurzer Zeit rein weiß. Verjüngt, erfrischt, unübertreffl. Mittel geg. uneholene Hautfarbe, Sommerprossen, Leberflecke, gelbe Flecke, Hautunreinigkeiten. Echtes „Chloro“ Tube 1,50. Wirksam unterstützt durch Chloro-Weißer 60 A vom Laboratorium „Lep“, Dresden 8. Gehältlich in Apotheken, Drogerien und Partimerien.

In Karlsruhe: G. Roth, Hofdrog., Drog. B. Ischering, Amalienstr. 10.

Central- und Spezialglutinfabrik

Pforzheim und Karlsruhe

Filialen in Karlsruhe

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.

Specialhaus für Lebensmittel

Ca. 70 eigene Geschäfte in Baden und Württemberg

Zum Frühjahrsputz:

<p>la. Kernseife garantiert vollwertig mit Pressung „Pfannkuch-Seife“ weiße, 30 Pfg. 1/2 Pfd. 30 Pfg. ohne Pressung mit 10% Einschnitt: weiße, 28 Pfg. gelbe, 27 Pfg. Schmierseife gelbe Glycerin, Pfd. 20 Pfg. weiße Salmiak, Pfd. 22 Pfg.</p> <p>la. Reis-Stärke offen, Pfd. 32 Pfg. Crème-Stärke Hoffmann 1/2 Pfd. 20 Pfg. Karton 20 Pfg.</p> <p>Waschkristall Palet 4 Pfg.</p> <p>Bleich-Soda 1/2 Pfd.-Palet 8 Pfg.</p> <p>Seifenpulver 1/2 Pfd.-Palet 4 Pfg. an.</p> <p>Fettlängenmehl Pfd. 10 Pfg.</p> <p>Borax ganz oder gemahlen, 125 Gramm Palet 10 Pfg. offen Pfd. 30 Pfg.</p> <p>Neu eingeführt: Seifenband ersetzt Soda, Seife und Sand Palet 10 Pfg.</p> <p>Wunder-Glanz-Stärke fit und fertig zum Gebrauch, kein Zusatz mehr nötig Palet 24 Pfg.</p>	<p>la. Fußbodenlack schnell trocknend, in verschiedenen Farben (laut Musterkarten, die in den Filialen zu haben sind) 2 Pfd. 95 Pfg. Dose 95 Pfg.</p> <p>la. Bodenwische gelb oder weiß 1/2 Pfd. 40 Pfg. Dose 40 Pfg. 1/2 Pfd. 70 Pfg. Dose 70 Pfg. 2 Pfd. 135 Pfg. Dose 135 Pfg.</p> <p>la. Fußbodenöl geruchlos, harzt nicht, staubt nicht Orig.-1/2 Literkanne 60 Pfg. (Kanne mit 10 Pf. zurück).</p> <p>Stahlspähne fein, mittel oder grob 1/2 Palet 32 Pfg. 1/2 Pfd. 16 Pfg.</p> <p>Putztücher gute von 16 an.</p> <p>Abseifbürsten Stück 20 Pfg.</p> <p>Schmirgelleinen grob, fein oder mittel Blatt 4 Pfg.</p> <p>Silberband Pfd. 3 Pfg.</p> <p>Panamarinde Palet 8 Pfg.</p>
--	--

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen

Bekanntmachung.

Das Amt des Vorstehenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Karlsruhe ist mit einem in der bürgerlichen (streitigen und freiwilligen) Gerichtsbarkeit und der sonstigen Rechtsanwendung erfahrenen Juristen zu besetzen, dem auch das Amt des Gemeinderichters und Schiedsmannes sowie juristische Arbeiten für die Gemeindeverwaltung übertragen werden sollen.

Dazu geeignete Bewerber ersuchen wir, sich unter Angabe ihrer Personalverhältnisse und ihrer Gehaltsansprüche bis zum 15. April bei uns zu melden.

Karlsruhe, den 28. März 1913.

Der Stadtrat.
Siegrist. Lader.

Bekanntmachung.

Von Mittwoch nachmittag 5 Uhr ab bis Donnerstag vormittag (den 2./3. April d. J.), wird an dem Wasserhauptrohrstrang Gde. Ettlinger- und Poststraße eine größere Arbeit vorgenommen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß durch diese Arbeit möglicherweise vorübergehend leichte Trübungen des Wassers im Stadtbereich eintreten können.

Karlsruhe, den 1. April 1913.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Bergebung von Materialien.

Die Lieferung nachstehender Materialien für das Jahr 1913/14 soll im Ganzen oder geteilt öffentlich vergeben werden.

Ca. 2000 kg Benzin,	600 „ Leinölharz,
„ 600 „ Terpentin,	„ 2000 „ Bleiweiß,
„ 2500 „ Fluglappen,	„ 2000 „ bunte Flugwolle,
„ 1500 „ weiße Flugwolle.	

Die Lieferungsbedingungen und Angebotsformulare sind auf unserem Geschäftszimmer Nr. 15, 2. Stock, erhältlich, woselbst auch Proben aufliegen.

Angebote sind unter Vorlage von Gegennummern und mit der Aufschrift „Angebot. Die Lieferung von Materialien betr.“ versehen bis zum

15. April 1913, vormittags 10 Uhr,

auf unserem Geschäftszimmer, Tullastr. 71, einzureichen.

Karlsruhe, den 31. März 1913.

Städt. Straßenbahnamt.

Ich warne hiermit Jedermann, meiner Frau

im Laden etwas anderes wie Erdal zu verkaufen, mir darf kein anderes Schuhputzmittel mehr ins Haus.

K. Lehmann, ein sparsamer Familienvater.

Halte in **Durlach**, Karlsruhe Allee 11/11
täglich mittags Sprechstunde.
Dr. Wirz, homöop. Arzt.
Karlsruhe, Georg-Friedrichstrasse 2.

Zum Schulbeginn

empfehle:

**Schulranzen
Schulstiefel
Schulanzüge**

in größter Auswahl zu billigen Preisen.

Weintraubs
An- u. Verkaufsgeschäft,
52 Kronenstrasse 52.

Achtung! Frankfurter

Pferdelose werden schon am 9. April gezogen mit 1 eleg. Landauer zu 4 Pferden als Haupttreffer, 1 kompl. Zweispännerwagen u. Pferde, 5 Einspänner, 50 div. Pferde etc., wofür auch sofort Bar-Geld erlöset wird. Lose à 1.-, 11 St. 10.-, Porto und Liste 30 Pfg.

Carl Götz
Bankgeschäft u. Lederhandlung
Hebelstr. 11/15 b. Rathaus.

Klavier-Unterricht!

Parteienoffne, langj. musik. Stud. u. Erfahrung, erteilt gründl. billigen Klavierunterricht. Zu erfragen in der Expedition Luisenstraße 36, S. 1. St. I. des „Volksfreund“.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheausgebote: Karl Winteler von Menzingen, Fuhrmann hier, mit Pauline Fies Witwe von Bradenheim. — Albert Truster von hier, Desinfektor hier, mit Elisabeth Orth von Gleisweiler. — Gustav Rupp von Langenleimbach, Schlosser hier, mit Elise Werner von Würzburg. — Franz Doh von Waldhörn, Sanitätssergeant hier, mit Ella Wähler von Freiburg. — Josef Barth von Forst, Zimmermann hier, mit Anna Schmann von hier.

Geburten: Anna Hedwig, B. Willibald Doll, Installateur. — Willy Franz, B. Joh. Wind, Bäcker. — Eugen Georg Jodel, B. Georg Weiskauer, Metzger. — Krista Ida, B. Josef Friedrich, Wirt. — Josef, B. Jakob Willel, Tagelöhner.

Todesfälle: Dorothea Kalbacher, Ehefrau des Schuhmachers Friedrich Kalbacher, alt 59 J. — Nina Weder, Witwe des Privatiers Ferdinand Weder, alt 66 J. — Wilh. Würfel, Wirt, Landwirt, alt 83 J. — Arthur Kunz, Chemiker, Kaufmann, alt 28 J. — Heinrich Giebne, Chemiker, Oberlandesgerichtsrat, alt 53 J. — August, Sohn des Schriftsetzers August Mathe, alt 7 Jahre.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 11. bis 17. März: Anna Maria, B. Friedrich Karl Busch, Sattler; Hilda Charlotte, B. Ludwig Maximilian Schneider, Sergeant; Nina Frida, B. Hermann Friedrich Beyer, Parkarbeiter; Elsa Luise, B. Leo Veltan, Schlosser; Rosa, B. Leopold Weimann, Schreiner; Veronika Gertrud, B. Friedrich Moller, Wagnereigenschaftner.

Eheschließungen vom 15. März: Christian Gottlieb Horn, verwitweter Schneider von Jochsberg, B. A. Ansbach, und die geschiedene Emilie Heß, geb. Prager, von Königsbach.

Sterbefälle vom 15. bis 16. März: Friedrich Heinrich, B. Heinrich Friedrich Christof Widert, Maurer, 9 Monate alt; Rosa, B. Leopold Waizmann, Schreiner, 2 Tage alt.